

Parlamentarier kritisieren Aufstockung

Die Stadt Schlieren bewilligt zusätzliche 280 Stellenprozente in der Bau- und Planungsabteilung. Das passt nicht allen.

Raphael Willen

Der Schlieremer Stadtrat baut die Abteilung Bau und Planung aus. Grund dafür ist die «gestiegene Arbeitsbelastung im Baubewilligungsverfahren und bei der Baukontrolle in den letzten Jahren», wie die Stadtregierung in einem Stadtratsbeschluss schreibt.

Diese Entwicklung sowie komplexere Bauvorhaben führten zu einer «längeren Bearbeitungszeit, abnehmender Qualität bei den Kontrollen und zunehmend Reklamationen wegen langer Bearbeitungszeiten von Baugesuchen», heisst es weiter. Die vorgesehenen drei Monate Bearbeitungszeit bei Baugesuchen könne die Verwaltung schon länger nicht mehr erfüllen.

Zudem nehme die Qualität und Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen seit Jahren ab, was bei der Verwaltung Mehraufwand generiere. Die Anzahl an Revisionseingaben und Rekursen gegen Baubewil-

ligungen steige und das Thema «Bauen ohne Bewilligung» nimmt laut der Stadt zu.

Nun hat der Stadtrat 280 zusätzliche Stellenprozente bewilligt. Die Erhöhungen betreffen Stellen bei der Baukontrolle und im Bausekretariat, die zum Bereich Bau- und Feuerpolizei gehören. Der Stellenplan der Abteilung Bau und Planung steigt damit von 1380 auf 1660 Stellenprozente.

Vakante Stellen wegen Kündigungen

Die Änderung trat bereits per 1. Mai 2026 in Kraft – was allerdings nicht bedeutet, dass die zusätzlichen Stellenprozente bereits vergeben sind. Nach der Genehmigung des Stellenplans dauere es erfahrungsgemäss einige Monate, bis neue Anstellungen getätigt werden können, schreibt der Stadtrat.

Die Anpassung des Stellenplans ist nicht im Budget 2026 enthalten. Die Verwaltung geht jedoch davon aus, dass das Budget «in etwa» eingehalten wer-

den könne. Dies auch wegen vakanter Stellen aufgrund von Kündigungen in der Abteilung Bau und Planung, die laut der Stadt nicht nahtlos besetzt werden können.

«Ich stehe dem Ausbau der Verwaltung prinzipiell eher kritisch gegenüber», sagt Gemeindeparlamentarier Markus Weiersmüller (Mitte) auf Anfrage. Er könne diese «nicht unerhebliche» Stellenplanerhöhung nicht nachvollziehen. «Meiner Meinung nach hat die Anzahl Baugesuche in den letzten Jahren nicht extrem zugenommen. Zudem handelt es sich aktuell meist um eher kleinere Bauprojekte.»

«Einfachstes und bequemstes Mittel»

Mit dem Überarbeiten der Arbeitsprozesse sollte die Stadt laut Weiersmüller verhindern können, dass sie zusätzliche Beamte anstellen muss. «Die Stadt spricht immer wieder von Digitalisierung oder Automatisierung durch KI, Baugesuche

beantwortet man aber immer noch wie 1975.» Die Verwaltung müsse versuchen, effizienter zu werden.

Weiter stört den Mitte-Parlamentarier, dass die Aufstockung nicht budgetiert war und die Stadt nun erst im Frühling darüber informiert. «Für mich sieht es danach aus, dass die aktuell leider noch links-grüne Stadtratsmehrheit versucht, in den letzten Wochen ihres Wirkens die Stadtverwaltung maximal auszubauen und noch möglichst viele unbudgetierte Kosten zu generieren.» Weiersmüller prüft zurzeit, ob und wie er sich im Parlament gegen die Erhöhung des Stellenplans wehren kann.

Für SVP-Gemeindeparlamentarier Thomas Grädel ist klar, dass die Stadt aufgrund der jüngsten Entwicklung in der Bau- und Planungsabteilung etwas unternehmen musste. «Gerade wegen der vielen Reklamationen, weil die Verwaltung Baugesuche nicht innert Frist behandelt.»

Grädel bezweifelt allerdings, dass die Stellenplanerhöhung der richtige Weg ist. Es sei sicher das einfachste und bequemste Mittel. «Die Stadt hätte früher reagieren müssen. Sie hat zu lange gewartet, um zu analysieren, wo das Problem liegt.»

Gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben

Patrick Schärer, Geschäftsleiter der Stadtverwaltung, betont auf Anfrage, dass es sich bei den Aufgaben der Bau- und Feuerpolizei um gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben handle, welche die Stadt erfüllen müsse. Es handle sich ausschliesslich um Stellenplanerhöhungen für «leistungserhaltende Aufgaben, die durch kantonale und kommunale Gesetzgebungen geregelt sind».

«Diese Anpassungen sind unabhängig von der Zusammensetzung des Stadtrats notwendig, um den gesetzlichen Auftrag gegenüber Gewerbe und Bevölkerung wahrzunehmen», so Schärer. Bevor der Stadtrat den Stellenplan anpasse, prüfe er selbstverständlich immer Alternativen.

Dass die Anpassungen nicht bereits im Budget 2026 ausgewiesen wurden, sei «sicher nicht ideal». «Andererseits muss die Stadt reagieren, wenn der Handlungsbedarf dringlich wird.»

Nachhaltigkeitsstelle sorgt für Aufregung

Wegen neu geschaffener Stellen ist es in der Schlieremer Politik in den letzten Jahren immer wieder zu Diskussionen gekommen. Etwa, als der Stadtrat Anfang 2025 einen Nachhaltigkeitsbeauftragten anstellte, obwohl das Parlament die Kosten für die Stelle zuvor aus dem Budget gestrichen hatte.

Vier Gemeindeparlamentarier wandten sich daraufhin mit einer Aufsichtsbeschwerde an den Bezirksrat Dietikon. Dieser gab den Parlamentariern recht und hob den Beschluss des Stadtrats nachträglich auf.

Mehr Platz für Integration

Stiftung Arbeitskette baut Küche im Schlieremer Start-up-Space aus und erhält so Arbeitsplätze für Beeinträchtigte.

Desirée Ayer

Im Schlieremer Start-up-Space an der Wiesenstrasse 10a herrscht zur Mittagszeit reger Betrieb. Bereits im Eingangsbereich stehen Menschen beim Apéro zusammen und bedienen sich mit kleinen Häppchen – von Pasta, Spätzli und Gulasch über verschiedene Salate bis hin zu Kuchen. Für das Angebot sorgt die Stiftung Arbeitskette, zu der der Catering-Service Stark Catering und das hausinterne Restaurant Lox gehören.

In der Produktionsküche geht es kurz nach dem Mittag deutlich ruhiger zu als im lebhaften Eingangsbereich. Mitarbeitende verstauen die letzten Reste von Schokoladenmousse und Riebkuchen. «Die meisten Speisen werden am Morgen vorbereitet, anschliessend erhitzt und schock-gekühlt, damit sie länger haltbar bleiben», erklärt ein Mitarbeiter. Von dort aus gelangen die Gerichte an verschiedene Standorte wie Schulen, Altersheime oder Kitas, vor allem aber an Anlässe der Catering-Kunden im Grossraum Zürich und im Limmattal.

Die Stiftung Arbeitskette betreibt mehrere Gastronomiebetriebe mit knapp 100 psychisch und physisch beeinträchtigten Mitarbeitenden und 45 Lernenden. Mit dem 1994 eröffneten Zürcher Restaurant Limmathof führte sie den ersten Schweizer Gastronomiebetrieb mit Integrationsarbeitsplätzen für psychische beeinträchtigte Menschen.

«Wir behaupten uns mit unseren À-la-carte-Restaurants am ersten Markt, was eine Herausforderung, aber auch ein erfolgreiches Konzept ist», sagt



Ein Mitarbeiter richtet einen Teller Penne Cinque Pi mit Rucola und Pecorini an.

Daniela Küng, Co-Präsidentin des Stiftungsrats. Neben der angenehmen Atmosphäre in der Produktionsküche steht letztlich die Qualität im Zentrum.

Am Ende müsse in jedem Fall ein erstklassiges Menü auf dem Tisch stehen. «Das geht auch mit einem freundlichen Umgangston», sagt Küng.

Daniela Küng ist Co-Präsidentin im Stiftungsrat der Arbeitskette und Jan Reiss Betriebsleiter vom Catering-Service Stark Catering, der unter anderem Kitas und Altersheime beliefert. Bilder: Severin Bigler

Die Arbeitsküche im Start-up-Space und das «Lox» wurden 2021 eröffnet. Obwohl die Küche erst wenige Jahre alt ist, steht nun bereits eine Erweiterung bevor. «Für uns ist es ein gutes Zeichen, dass wir die Küche schon vergrössern müssen», sagt Küng.

Hebebühne soll das Ein- und Ausladen erleichtern

Der Einbau einer Kühl- und Tiefkühlzellenkombination und einer zusätzlichen Kühlzelle im Erdgeschoss neben der Küche

ist das Herzstück des Projekts und soll im August stattfinden. Die neuen Kühlzellen erhöhen die Kapazität und erleichtern die Trennung zwischen «reinen», also bereits gekochten Speisen und «unreinen», also unverarbeiteten Lebensmitteln.

Hinter der Küche befindet sich die Anlieferung von Stark Catering. Mehrere Fahrer beliefern täglich Altersheime und Schulen mit Speisen. «Ein neuer Lieferwagen mit Hebebühne soll den Transport erleichtern», erklärt Jan Reiss, Betriebsleiter

von Stark Catering. Zudem sei die Hebebühne nötig, weil neben den Boxen mit den Speisen oft auch schwere Lasten wie Tische und Bänke transportiert werden müssen, was ohne Hebebühne gesundheitlich belastend sei.

Die Stiftung finanziert sich grösstenteils über die Einnahmen aus der Gastronomie. Für den sozialen Auftrag wird sie von den Sozialpartnern unterstützt. Projekte wie der Erweiterungsbau werden über ein Fundraising finanziert. Neue Stellen entstehen durch die Erweiterung nicht. «Momentan ist es uns wichtiger, konkurrenzfähig zu bleiben und die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern», sagt Küng.

Während Küng von den Restaurants der Stiftung erzählt, bringt eine Mitarbeiterin den bestellten Kaffee und lächelt freundlich. Für viele Menschen bietet die Stiftung Arbeitskette Orientierung, eine sinnvolle Beschäftigung und die Möglichkeit, fachliche Kompetenzen aufzubauen.

Das Restaurant Lox sowie die weiteren Lokale, darunter auch das «Stürmeierhaus» in Schlieren und die «Krone» in Altstetten, haben sich gut etabliert. Derzeit sind keine zusätzlichen Standorte geplant. Im Zentrum steht weiterhin die bestmögliche Begleitung der Mitarbeitenden und – wenn möglich – die Unterstützung beim Schritt in den ersten Arbeitsmarkt. «Viele Personen arbeiten schon sehr lange bei uns. Es gefällt ihnen in den Betrieben, in denen sie arbeiten, auch wenn es immer wieder mal recht anstrengend ist», sagt Küng.